

Umwelt und Ressourcen

Zentrale Steuerung oder Umweltschutz von unten?

Die Machtstrukturen in der Gesellschaft, also nicht die zwischen Mensch und Natur, führen zu der Situation, dass einzelne Menschen aufgrund vorhandener Herrschaftsstrukturen in die Umwelt eingreifen können, ohne auf die Folgen Rücksicht zu nehmen. Umweltzerstörung, die immer auch eine Zerstörung der Lebensgrundlage von Menschen ist, geschieht nur im Rahmen von Machtstrukturen, von herrschaftsorientierten Systemen wie dem Kapitalismus, dem Staatskapitalismus (sogenannter „real existierender Sozialismus“), Diktaturen oder anderen Groß-Hierarchien, weil die Menschen nur hier gegen ihr Interesse handeln, sich in einer lebenswerten Umwelt und auf deren Grundlage entfalten frei zu können. Sie tun das aus dem Zwang heraus, sich innerhalb der Machtgefüge ihr Überleben sichern zu müssen. Das geschieht in der Regel über Erwerbsarbeit, die die Arbeitenden allerdings gefügig macht. Um ihre Einnahmequelle nicht zu gefährden, handeln sie dann gegen ihre eigenen Interessen. Die Zerstörung der Lebensgrundlagen, die Vergiftung von Nahrungsmitteln (die sie später auch selbst konsumieren könnten) oder das Ausräumen einer angenehmen, als lebenswert empfundenen, landschaftlichen Umgebung sind die Folge.

Ebenso fördert die Existenz einer Machtpyramide die Entscheidung für umweltzerstörende Maßnahmen bei den InhaberInnen von Macht an der Spitze der Pyramide. Denn diese haben dadurch die Möglichkeit, die Ausführung ihrer Pläne so zu gestalten, dass andere die Folgen ausbaden müssen. Sie zerstören also nicht ihre Umwelt, sondern die anderer – und verdrängen die Tatsache, dass Ökosysteme immer offen sind, d.h. ein Eingriff nicht lokal beschränkbar ist.

So oder so, also ob als AbhängigeR oder PrivilegierteR, ist die Existenz von Herrschaft die Voraussetzung der Umweltzerstörung im großen Maßstab.

Umweltschutz muss daher eine Auseinandersetzung mit den Herrschaftsstrukturen und gesellschaftlichen Reproduktionslogiken sein. Ziel muss erstens sein, institutionalisierte Macht abzuschaffen, damit den Menschen wieder die Gestaltungskraft über die Umwelt zufällt – allerdings nun ohne dass sie die Folgen auf Andere abwälzen. Zweitens müssen die Rahmenbedingungen überwunden werden, die Menschen dazu bringen, selbst ihre eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören. Menschen müssen wieder in die Lage versetzt werden, ohne Zerstörung der Umwelt zu überleben bzw. sich zu entfalten. Dafür brauchen sie die Umwelt als Lebensgrundlage. Umweltzerstörung würde sich gegen sie selbst richten, während Umweltschutz ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten fördert.

Emanzipatorischer Umweltschutz stärkt die Menschen in ihren Handlungsmöglichkeiten und macht sie zu den AkteurInnen. Politische Entscheidungen, die Gestaltung der eigenen Umwelt, ja das Leben und die gesellschaftliche Organisation werden aus der Zuständigkeit der Parlamente oder Machtsphären der Märkte und Unternehmen herausgeholt und zur Sache der Menschen gemacht. Die Straßen, Häuserblöcke und Landschaften gehören den Menschen, die in ihnen leben, von ihnen leben oder die ihnen aus anderen Gründen wichtig sind. Niemand kann einfach über Flächen und Orte bestimmen ohne die Betroffenen und Interessierten. Als „Demokratisierung“ von Flächen- und Rohstoffverbrauch lie-

Ben sich die Schritte zum Ziel eines gleichberechtigten Zugangs zu allen Ressourcen bezeichnen. Sie bilden das Gegenkonzept zu Ordnungsrecht oder kapitalistischen Instrumenten wie CO₂-Zertifikaten oder Ökosteuern.

Vision ist eine Welt von unten. Die kleinen Schritte dahin bestehen aus konkreten Projekten, die die Menschen zu den EntscheiderInnen machen: Windanlagen, die den Menschen drumherum gehören (statt teurer Großanlagen ohne örtliche Akzeptanz und großen Stromleitungen zu den VerbraucherInnen), Stromnetze im Besitz der BürgerInnen, ökologische Bauernhöfe im Gemeinschaftsbesitz, lokale Ökonomien ohne Apparate und vieles mehr.

Umwelt oder Mitwelt?

Immer wieder prägen altruistischen Stimmungen die Debatte: Der Mensch sollte sich nicht mehr als Nabel der Welt sehen, sondern als gleichberechtigt neben allen – Ameisen, Pfeden, Schnittlauch. Das mag ein gut gemeinter Versuch sein, aber zunächst gibt es keinen Ausweg: Jeder Mensch nimmt immer durch die eigene Brille wahr. Es gibt keinen objektiven Standpunkt außerhalb der eigenen Person – jeder Mensch nimmt immer durch das eigene Raster von Deutungen, Anschauungen und bisherigem Wissen wahr, jede Person mit Funktion oder abhängiger Beschäftigung hat als zusätzliche Matrix aller Interpretation von Umwelt noch die Erwartungshaltungen an seine Rolle und Tätigkeit im Kopf.

Es ist folglich ehrlicher, sich selbst als das gestaltende Zentrum des Wahrnehmens, Wertens und Entscheidens zu begreifen. Dann kann mit dieser Position umgegangen werden. Das Leben und die unbelebte Natur um mich herum sind meine Umwelt. Ich stehe als BetrachterIn im Mittelpunkt. Ich treffe (eventuell oder hoffentlich zusammen mit anderen Menschen, aber nie mit Tieren, Pflanzen oder Steinen) die Entscheidungen über den Umgang mit der Umwelt, ihren Schutz, Nutzung oder Gestaltung. Ohne Hierarchien kann ich das nur so organisieren, dass ich auch Betroffener meiner Handlungen bin – genau deshalb ist „Umwelt“ der durchaus passende Begriff.

Der Begriff „Mitwelt“ und viele der damit verbundenen, ethischen Überlegungen sollen hier nicht diskreditiert werden. Wird er gewählt, um eine bestimmte Haltung zur Umwelt auszudrücken, ohne das Bewusstsein zu verlieren, selbst als AkteurIn im Mittelpunkt zu stehen und die – hoffentlich reflektierten, willensstarken – Entscheidungen zu treffen, so ist daran nichts Anti-Emanzipatorisches zu sehen. Bedeutet es aber die Aufgabe oder Herabsetzung des Selbst, dann schon.

Flächen- und Rohstoffverbrauch

Die zentralen Bausteine für politische Reformen in Richtung eines emanzipatorischen Umweltschutzes, also für Veränderungen im Hier und Jetzt, müssen den Zugriff auf Flächen und Rohstoffe neu organisieren. Deren Gebrauch führt zu Umweltzerstörungen. Folglich entscheidet die Art der Nutzung von Flächen und Rohstoffen über die Umweltbilanz. Doch wie kann diese umweltfreundlicher gestaltet werden?

Die gängige, herrschaftsbeherrschende Theorie sagt, dass Umwelt dann zerstört („verbraucht“) wird, wenn es keine Normen und Durchsetzungsinstitutionen für ihren Schutz

gibt. Darauf begründen sich Eigentum, behördliche Kontrolle, Gesetze, Strafen und mehr in der Reglementierung des Umgang mit der Umwelt. Doch die Praxis führt das Versagen vor Augen. Ob Kapitalismus oder Realsozialismus – sie alle vollziehen einen Raubbau, der beispiellos ist. Ihre Machtpotentiale lassen sie die Folgen des Raubbaus in die Peripherien der Welt verlagern, wo Menschen kaum Chancen haben, sich dem Elend zu entziehen. Ihnen fehlen die Mittel, sich gegen die VerursacherInnen der Zerstörung zu wehren, die wie Aliens aus den reichen Industrienationen kommen oder beauftragt sind und mit Maschinen und Gewehren die Bedürfnisse der vor Ort lebenden Menschen plattwalzen.

Die seit den 90er Jahren hinzugefügten ökonomischen Steuerungsmethoden, die den Verbrauch von Umwelt verteuern (Ökosteuern, Verschmutzungszertifikate usw.) machen Umweltzerstörung noch mehr zum Gegenstand wirtschaftlicher Kalkulation. Umwelt bekam einen Preis – doch genau das widerlegte schnell die primitiven Theorien der führenden Ökonomen dieser Welt. Was teuer ist, wurde nicht schon deshalb gemieden, sondern bot und bietet eine zusätzliche Chancen zur Akkumulation (d.h. Aufbau wirtschaftlicher Macht) und Erzielung von Profiten.

Preisbildender Markt und kontrollierender Staat sind Antreiber und nicht Begrenzer bei der Zerstörung der Lebensgrundlagen. Das ist systembedingt, auch wenn die gängigen Theorien der Ökonomie und Politik Anderes behaupten. Sie sind Teil diskursiver Manipulation, oft sehr schlichter Propaganda.

Das Gegenprogramm lautet, die Macht aus Markt und Staat zu den Menschen zu verlagern. In der Utopie bedeutet das einen freien und gleichen Zugang zu allen Lebensgrundlagen, die zu freien Vereinbarungen ohne Verwertungslogik, Preisbildung, Profitzwang oder Notwendigkeit zu Macht und Kontrolle führen. Der Weg dorthin führt vom Ausbau von Beteiligungsstandards bei der Nutzung von Flächen und Rohstoffen bis zur tatsächlichen Veränderung des formalen Zugriffs auf diese: Weg von Firmen und staatlichen Stellen, hin zu offenen Kooperationen oder Gemeinschaftsbesitz der konkreten Menschen.

Erstes Ziel wäre, die Nutzung von Land und Rohstoffen von der Zustimmung der jeweils betroffenen und interessierten Bevölkerung abhängig zu machen. Dies sind nicht Staaten, Provinzregierungen oder irgendwelche Institutionen, sondern die Menschen selbst. Die Qualität solcher Regelungen wird sehr stark daran festzumachen sein, wieweit der individuelle und der Minderheitenschutz gewährleistet wird – z.B. dass etwas, was alle grundlegend, d.h. in der Sicherung ihrer Grundbedürfnisse betrifft, auch von allen getragen werden muss.

Ein solches Konzept ist eine Reform, denn es stellt Machtstrukturen und soziale Konstruktionen nicht grundsätzlich in Frage, sondern steigert die Zugriffsrechte der Menschen bezogen auf den Faktor Umwelt. Damit ist es aber ein Schritt zu einer Gesellschaft „von unten“ – und somit als Konzept akzeptabel.

Weitreichende Forderungen und Vorschläge für einzelne Schritte müssen sich nicht widersprechen. Entscheidend ist, dass sie emanzipatorische Fortschritte versprechen – im Kleinen oder eben auch als größerer, aber dann vielleicht schwieriger zu erreichender Sprung. Antiemanzipatorisch sind Schritte und Reformen nicht wegen ihrer Kleinheit, sondern wenn sie Sachzwänge, Privilegien oder Hierarchien verstärken. Das lässt sich gut an der aktuellen Klimadebatte zeigen. Während viele Konzerne weiter ihren von Profitlogiken gesteuerten, rücksichtslosen Umgang mit der Ressource Luft verfolgen, zocken die Indust-

riationen um die Verrechtlichung ihrer Privilegien, in dem sie den Stand der Industrialisierung von 1990 zugrundelegen wollen. Wer damals ordentlich viel die Umwelt versaute, soll es auch weiterhin dürfen – nur jetzt legal und einklagbar. Die Auswahl des Jahres war ein geschickter Schachzug der EU, denn er liegt vor dem Zusammenbruch der osteuropäischen Schwerindustrie, die – inzwischen eingemeindet in die EU – nun einen schönen Zuwachsbonus sichert (bzw. die Reduktionsziele abschwächt). Die USA, Japan, Kanada und Australien haben diese Debatte schlicht verpennt und ärgern sich heute darüber. Die Umwelt-NGOs unterstützten jahrelang und teilweise bis heute die EU und das Kyotoprotokoll. Mit diesem Vertrag sollten marktwirtschaftliche Mittel eingeführt werden. Luft wurde quasi kauf- und verkaufbar über den Trick, dass Rechte für die Luftverschmutzung als CO₂-Zertifikate ausgegeben wurden. Die großen Konzerne erhielten diese je nach bisherigem Verschmutzungsumfang kostenlos zugeteilt. Belohnt wurde so, wer M meisten die Umwelt verschmutzte. Nach der kostenlosen Ausgabe wurden die Zertifikate handelbar, erhielten also einen Wert, so dass die Industriebetriebe praktisch staatlich subventioniert waren.

Bei den Verhandlungen über diesen Mechanismus hatten Umweltverbände, grüne Parteien, EU-Politik und viele Medien die gleiche, diesen Vertrag und den Zertifikatehandel befürwortende Position. Der BUND baute 2001 sogar zusammen mit anderen Umweltorganisationen symbolisch ein Rettungsboot für das Kyotoprotokoll. KritikerInnen der Vermarktung der Luftverschmutzung wurden beschimpft – selbst aus marxistischen Kreisen, so etwa in der Zeitung „Junge Welt“. Dabei hatten diese AbweicherInnen vom großen Weltrettungskonsens ihre grundsätzliche Kritik an solchen Mechanismen geäußert, aber einen systemimmanenten Vorschlag unterbreitet, der nur die Verteilung der Zertifikate anders regelte. Sie sollten nicht privilegiert an die Industrienationen und dort an die Konzerne gehen, sondern pro Kopf ausgegeben werden, dabei aber unveräußer- und nur verleihbar sein. Das würde – die grundsätzliche Kritik an der Vermarktung der Luft ausblendend – wenigstens die Machfrage anders regeln. Fortant wären die Menschen im Besitz der Verfügungsgewalt über die Luft und könnten so zu den Bestimmenden über deren Verwendung als Müllplatz für Abgase werden.

Niemand aus den etablierten Apparaten der Verbände, Parteien oder Institutionen griff damals diesen Vorschlag auf. Das zeigte, wie wenig die Idee von Emanzipation mit dem Umweltschutz verbunden wurde. Dabei bewies der Vorschlag zur Zertifikatevergabe pro Kopf, der klar eine Reform und nicht mehr wäre, wie einfach es ist, in bestehende Konzepte die Stärkung der Mitbestimmung von Menschen hineinzudenken.



Seite mit Zitaten, Vorschlägen
usw. zum Klimaschutz unter
[www.projektwerkstatt.de/
oes/klima.html](http://www.projektwerkstatt.de/oes/klima.html)

Ver- und Entsorgung

Rohstoffe bzw. die aus ihnen gewonnenen Energieträger und Güter werden über Versorgungsnetze verteilt, die Abfälle, so sie entstehen, über weitere Strukturen wieder eingesammelt und entsorgt. Diese Verbindungen zwischen Produktion und Konsum stellen eine entscheidende Schnittstelle der Gestaltung dar, denn hier entscheiden sich Qualität und Verteilungsarten der Stoffflüsse mehr als im von vielen Schulbüchern überhöhten Spiel von Angebot und Nachfrage. Konzerne, in der Analyse von Mechanismen der Macht den schwerfälligen politischen Parteien und NGOs immer einige Nasenlängen voraus, haben die Bedeutung dieser zentralen Steuerungsorte früh durch-

schauf und den Städten, Gemeinden und staatlichen Stellen viele Versorgungsaufgaben abgeluchst. Seitdem fahren Bahnen, Busse, fließt das Wasser und der Strom nach privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten – eine noch verheerendere Sache als die schon unerträgliche dumme Form behördlicher Macht. Mensch und Natur gelten im Zahlenspiel der Konzerne nur als Kostenfaktor, der zu minimieren ist: Arbeitsplätze streichen (z.B. durch geringere Wartung) und Gewinnungskosten senken (z.B. durch Nichtbeachtung ökologischer Folgen) sind, wirtschaftlich betrachtet, vernünftig. Gewinne werden privatisiert, Probleme möglichst wieder den steuerzahlergefütterten staatlichen oder kommunalen Institutionen zurückgegeben – oder in die Peripherie abgeschoben.

Umweltzerstörung ist eine Folge der Vermachtung gesellschaftlicher Vorgänge. Ver- und Entsorgung spielen dabei eine herausragende Rolle. Solange die Abläufe durch zentrale Steuerung und wirtschaftliche Macht so organisiert werden können, dass die Einen Vorteile (hier: Profite) bei sich anhäufen und die Folgen auf Andere abwälzen können, wird das auch geschehen.

Anders wird das dann, wenn die Ver- und Entsorgung Sache der Menschen selbst wird und diese nicht durch institutionelle oder wirtschaftliche Macht die Folgen ihrer Entscheidungen auf andere abwälzen können. Sie müssen sich dann frei vereinbaren, was sie selbst ertragen wollen. Das wird einen starken Trend zu einem überlegten und schonenden Umgang mit den Ressourcen Arbeit und Umwelt erzeugen. Denn eine herrschaftsfreie Gesellschaft lebt aus diesen Ressourcen – den eigenen und den über freie Vereinbarungen (weil Möglichkeiten zum Zwang fehlen) von anderen bereitgestellten.

Demokratisierung des Flächenverbrauchs

Die Nutzung und, damit zusammenhängend, die Gestaltung von Flächen ist bisher Sache der EigentümerInnen und staatlicher Planungsvorgaben. In beiden Fällen haben die betroffenen und interessierten Menschen nur Einfluss, wenn sie selbst zu den privilegierten Teilen der Bevölkerung gehören, sei es durch politische Mandate oder durch das Eigentum an Fläche. Das gilt es grundlegend zu verändern. Was auf Flächen geschieht, ist Sache vieler – und wer sich als betroffen fühlt oder aus welchem Grund interessiert ist, können auch nur die Menschen selbst definieren. Daher müssen die Planungsprozesse zur Flächennutzung und -gestaltung offen für alle sein.

Die Umsetzung der Demokratisierung des Flächen- und Rohstoffverbrauchs könnte auf den Flächen beginnen, also auf solchen Flächen, die zur Zeit dem Staat oder den Gemeinden gehören. Per verbindlichem und dauerhaftem Beschluss übergeben die Gemeinden ihre Flächen einem freien, gleichberechtigten Gestaltungsprozess. Die Versammlung(en) der jeweils dort lebenden und weiteren interessierten Menschen (Dorf, Ortsteil, Kiez, Wohnblock u.ä.) entwickeln Gestaltung und Nutzung. Sie organisieren die Umsetzung und alles weitere Geschehen. Übergangsweise könnten Moderations- und Aktivierungsprozesse die Probleme der Startphase vermindern, denn viele BürgerInnen bleiben heute gegenüber Beteiligungsangeboten verhalten bis skeptisch – aus guten Gründen, sind sie doch jahrelang systematisch verarscht worden mit Pseudo-Beteiligungsangeboten, die Kritik einbanden, um hinter dem Rücken die Entscheidungen mit der Macht des Faktischen eiskalt durchzuziehen. Umweltverbände, Grüne usw. haben sich hier wieder als

eigennützige Handlanger der Mächtigen prostituiert, um gegen Fördergelder die einflusslosen Laberrunden der Marke „Agenda 21“ oder „Runder Tisch“ zu zelebrieren.

Die realen Zugriffsrechte auf konkrete Flächen könnten durch verbesserte Mitwirkungsrechte auf die Flächennutzungsplanung gestärkt werden und dann auch Bereiche einschließen, die im Privateigentum liegen. Ohnehin böte sich an, PrivateigentümerInnen dazu aufzurufen, ihre Flächen freiwillig ebenfalls für die Gestaltung durch AnwohnerInnen und Interessierte bereitzustellen.

Dezentralisierung aller gesellschaftlichen Strukturen

Was für Ver- und Entsorgung sowie für den Flächen- und Rohstoffverbrauch gilt, passt überall. Je direkter gesellschaftliche Prozesse von den Menschen geprägt sind – seien es wirtschaftliche oder andere Prozesse –, desto näher liegt der schonende Umgang mit den Ressourcen Mensch und Natur sein. Diese Dezentralisierung von Gestaltungsmacht ist nicht zu verwechseln mit dem Ruf nach lokaler oder regionaler Wirtschaft. Denn auch was lokal oder regional organisiert ist, kann auf Profitinteressen oder abgehobener Macht basieren. Wichtig ist das tatsächliche Geschehen – ob es den beteiligten Menschen die Gestaltungsmacht überträgt oder mit Privilegien ausgestatteten Institutionen. Die von den Menschen selbst verwalteten Prozesse mögen häufiger als heute kleinräumige Strukturen des Wirtschaftens und Handels schaffen. Aber dahinter steht keine feste Regel. Globale Kooperation ist kein Widerspruch zu Selbstverwaltung und Selbstorganisation, es wird darauf ankommen, hierfür schlaue Formen des Informationsaustausches und der Koordinierung zu entwickeln. Denn auch global kooperieren zu können, bedeutet die Ausweitung von Handlungsmöglichkeiten für Menschen – und ist daher ein Beitrag zur Emanzipation. Wenn es die Menschen und nicht die sie beherrschenden Institutionen stark macht.

Fazit: Umweltschutz ist eine Machtfrage

Der historische Irrtum der UmweltschützerInnen ist ihre Kumpanei mit den Teilen dieser Gesellschaft, die ökonomische oder institutionelle Macht innehaben. Das Motiv, sich an die Brust von Staat und Konzernen zu schmeißen bzw. ordnungspolitische oder marktwirtschaftliche Regelungen zu fordern, war ehrenwert. Die „Ökos“ wollten die bedrohte Natur schützen – am liebsten mit den Mitteln, die im Hier und Jetzt die effektivsten waren und somit schon kurzfristig Erfolg versprachen. Doch diese Politik war dumm. Sie hat dazu geführt, dass der Umweltschutz zum Gegenstand von Trichterpädagogik, Jagd nach Profiten und des ewigen Strafens in den Finsternissen der Justiz geworden ist. Der Zugriff der Menschen auf ihre Umweltbedingungen ist auch durch Natur- und Umweltschutzpolitiken weiter geschwächt worden. Der Schaden ist heute sichtbar: Es gibt kaum Einflussmöglichkeiten jenseits der anbietenden Lobbyarbeit. Die Fähigkeit zum Mitreden muss mühselig über Straßenkämpfe (siehe „Stuttgart 21“) zurückgewonnen werden. Umweltverbände und Grüne hatten und haben Glück, dass sich niemand mehr erinnern kann, welche Mitschuld sie tragen an der Entmündigung und Entmachtung der BürgerInnen.

Experimente und Aktionen

Es wird darauf ankommen, für die Idee einer emanzipatorischen Ökologie zu werben (auch innerhalb von Umweltverbänden, -gruppen und -parteien). Darüber hinaus müssen konkrete Projekte gestartet werden, die der Idee einen besonderen Ausdruck verleihen und in kleinen Bereichen nicht nur einen Schutz der dortigen Umwelt, sondern auch tatsächliche Verschiebungen in der Machtverteilung hervorrufen. Vorschläge für Ver- und Entsorgungsnetze in BürgerInnenhand, beteiligungsorientierte Planungsprozesse und mehr sind in diesem Kapitel und im Text zu Gemeingütern bereits erfolgt.

Förderlich sind Kristallisationspunkte, also solche Projekte, die nicht nur Umweltschutzvorhaben verwirklichen, sondern die konkrete Beteiligung, die Aneignung von Handlungskompetenz und Wissen, Transparenz und Öffentlichkeitsarbeit miteinander verbinden.

Ein Beispiel bei klassischen Naturschutzaufgaben könnten lokale, ökologische Stationen sein, die Umweltschutz und Mitbestimmung verbinden. Denn der konkrete Naturschutz (Arten-, Biotop-, Landschaftsschutz) ist überwiegend Basisarbeit und findet vor Ort statt. Naturschutz von unten muss daher alle wichtigen Entscheidungen ohne übergeordnete Stellen fällen können. Der Weg zur Demokratisierung des Naturschutzes führt über BürgerInnenversammlungen, Naturschutzstationen, Naturschutz-AGs oder regionale Umweltzentren sein. Alle Einrichtungen sollten für alle BürgerInnen offen sein und aus ihnen selber entstehen, also nicht von oben eingesetzt oder vorgeschrieben werden. Besonders geeignet erscheinen aus den bisherigen Erfahrungen die Naturschutzstationen oder Ökologischen Stationen, wenn sie zum festen Ansprechpartner und Anlaufpunkt in Sachen Naturschutz werden und nicht nur Hilfen, Informationen sowie Mitwirkungsmöglichkeiten bieten, sondern auch eine reale Mitbestimmung organisieren. Sie verfügen über die finanziellen und organisatorischen Mittel, den Umgang mit Flächen und Ressourcen gestalten zu können – jedoch immer unter Verzicht auf formale Macht und Durchsetzung von oben, sondern über gemeinsame Planungsprozesse und Zustimmung der Menschen. Schritt für Schritt werden dann die staatlichen Kompetenzen an die Naturschutzstation und die sich in ihnen treffenden Menschen übergeben. Ein Anfang könnte aus dem bisherigen Vertragsnaturschutz heraus erwachsen, dessen Umsetzung schon jetzt mancherorts in Biologischen Stationen verwaltet wird, die zu Orten der Mitbestimmung und gemeinsamen Gestaltung erweitert werden können. Die Ablösung von bisherigen Verwaltungskompetenzen und -strukturen durch direkte Mitbestimmungsprozesse ist auf Dauer eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass Naturschutz von unten wachsen kann.

Es ist kein Widerspruch, dass die Naturschutzstationen auch bisherige Serviceleistungen der Naturschutzverwaltungen übernehmen wie z.B. Erfassung von Daten über Tier- und Pflanzenarten oder die Betreuung von Naturschutzflächen. Das kann zunächst ihre materielle Ausstattung sichern.

Direkte Aktion

Natur- und Umweltschutz ist seit langem schon Thema gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen – vom Widerstand gegen Atommülltransporte bis zum Schutz seltener Käfer in Großstadtparks. Wie die Themen, so variieren auch die Aktionsformen von vorsichtig appellativen Unterschriftensammlungen oder Mailbombardements über praktische

Arbeiten in der Natur bis zu Besetzungen, Blockaden oder militanter Sabotage. Sehr selten aber werden Proteste, zu welchen Themen oder in welchen Formen sie auch ablaufen, mit der Forderung nach einer Verschiebung der Machtverhältnisse verbunden. Das aber wäre eine große Chance, denn viele der Proteste erreichen hohe Aufmerksamkeit. Die Wucht der Anti-Atom-Bewegung hätte nicht nur die Energiegewinnungsformen, sondern auch die Besitzverhältnisse an Energienetzen und -anlagen verändern können. Doch der Netzkauf in Schönau bleibt eine Ausnahme, die zudem nicht emanzipatorischen Überzeugungen entsprach, sondern der Not, innerhalb der bestehenden Eliten keine FürsprecherInnen zu finden.

Hier ist Änderung nötig. Um langfristig die Verhältnisse zu verändern und Umweltschutz nicht zu einem ständigen Reparaturbetrieb mit Abhängigkeit vom Zuspruch der Mächtigen zu den Ideen der Protestierenden zu machen, müssen andere Beteiligungsformen durchgesetzt und schließlich der Zugriff auf Flächen und Ressourcen aus Parlamenten und Firmen zu den Menschen verlagert werden. Wenn diese Forderungen in bestehende Proteste integriert werden, wäre schon einiges gewonnen. Hinzu können direkte Aktionsformen kommen, bei denen nicht gegen die Zerstörung der Umwelt geschimpft, sondern die Gestaltungsmacht in dieser Welt auch real erobert werden. Also: Die besetzten Häuser und Flächen nicht den BesetzerInnen (das wäre nur Machtwechsel), sondern allen bzw. niemandem. Firmen, Stadtwerke, Versorgungseinrichtungen, Grundstücke oder Konsumpaläste besetzen, aneignen, verwandeln und den Mechanismen von Markt und Staat entreißen – je nach Lage und Angst vor Repression tatsächlich oder wenigstens symbolisch.

Aneignung von Wissen

Mit den Beteiligungsmöglichkeiten müssen auch die Mitwirkungsfähigkeiten steigen. Das bedeutet nicht nur Wissen um ökologische Zusammenhänge, sondern auch um Beteiligungsformen, Streitkultur und den Zugang zu Wissen oder Handlungsmöglichkeiten. Hier liegt ein weites Feld vor allen, die daran mitwirken wollen. Denn der Wille zur Mitwirkung liegt unter Jahrzehnten demokratischer Bevormundung verschüttet. Leere Versprechungen oder theoretische Möglichkeiten schaffen die nötige Veränderung nicht. Hauptmotiv, sich Wissen anzueignen, ist die Chance, es auch anwenden zu können. Daher ist die Veränderung der Machtverhältnisse, z.B. die tatsächliche Steigerung von Einflussmöglichkeiten, der beste Ansporn, sich das notwendige Wissen auch anzueignen. Die BewohnerInnen eines Häuserblocks, die ihr Grundstück (Innenhof, Abstandsgrün u.ä.) auch tatsächlich selbst gestalten dürfen, werden eher geneigt sein, sich über Varianten, architektonische oder ökologische Fragen zu informieren als diejenigen, die nur beratende und dann oft vernachlässigte Meinungen abgeben dürfen.

Klartext reden

Nie vergessen werden sollte, die Visionen einer Welt von unten laut zu benennen, denn das Utopische schafft den Drang zu Mehr. Es kann zu neuen Projekten, Weiterentwicklung der Bisherigen und zum produktiven Streit über Ziele, Strategien und Anwendungen motivieren. Zudem bietet das Nachdenken über mehr als die konkreten Einzelprojekte die Chance, Bündnisse zu schaffen mit anderen sozialen Bewegungen, die gemeinsam an einer

Welt von unten arbeiten. Konkrete Kristallisationspunkte wie Modellprojekte oder der Widerstand gegen neoliberalen Wahn können der Anfang sein. Abschied zu nehmen ist von der vor allem in NGO-Kreisen gern verbreiteten Mär vom guten Staat, von der „good governance“, die die Auswüchse des Neoliberalismus eindämmen soll. Der Staat organisiert die Ausbeutung. Er ist Gegner, nicht Partner. Hoffnung für die Umwelt und die Menschen gibt es erst dann, wenn die Menschen den Zugriff auf ihre Lebensressourcen erhalten. Und Umweltminister, Daimler-Manager usw. von den Podien der sog. Umweltbewegung verschwinden!



Umweltschutz von unten im Internet:
www.umwelt-und-emanzipation.de/vu

Beispiel für die Verbindung Herrschaftskritik und ökologischen Argumenten: Emanzipatorische Gentechnikkritik unter www.projektwerkstatt.de/gen/emanz_kritik.htm



Im Kapitel „Emanzipation und Ökologie“ des Buches „Autonomie & Kooperation“ (Seitenhieb-Verlag) finden sich weitere Ausführungen zu konkreten Vorschlägen und Experimenten, Umweltbildung und Energieversorgung von unten. Kapitel-Download über www.projektwerkstatt.de/hefte/download/autokoop_umwelt.pdf.